



WELTWOCHEN zu Christine Dietrich, PI

✘ Als ich heute morgen [diesen Artikel editierte](#) mit dem zitierten Satz, das „ultimative Ziel eines ambitionierten Journalisten“ sei „die Zerstörung einer Karriere“, hatte ich unsere ehemalige Mitarbeiterin Christine Dietrich im Sinn, die derzeit von deutschen und schweizerischen Medien in übelster Art und Weise angegriffen wird. Ziel ist, sie als evangelische Pfarrerin abzuschließen, weil sie einst bei PI geschrieben hat, übrigens sehr viele Artikel über Israel! Jetzt hat der renommierte Journalist und Rechercheur **Philipp Gut** in der aktuellen WELTWOCHEN 39/11 den folgenden [Artikel über Christine](#) veröffentlicht, den wir hier ungekürzt wiedergeben:

Anklage: «Islamhasserin»

Die Berner Pfarrerin Christine Dietrich steht in den internationalen Schlagzeilen. Sie betreibe «Volksverhetzung» und sei eine der Zentralfiguren im «Netz der Islamfeinde». Was ist dran an den Vorwürfen? Wer ist die umstrittene Frau? Ein Pfarrhausbesuch.

Von Philipp Gut

Der Startschuss kam aus Deutschland. Am 14. September brachte die Frankfurter Rundschau einen umfangreichen Artikel über den deutschen Blog «Politically Incorrect (PI)». Unter dem Titel «Im Netzwerk der Islamfeinde» blies das linke Blatt zum Angriff auf die unabhängige und populäre Gegenstimme aus dem Internet. Die Vorwürfe waren massiv. Von «Volksverhetzung» und «Rassismus» war die Rede – beides Straftatbestände. Die Macher

des Blogs arbeiteten «hochkonspirativ an der Verteufelung einer ganzen Glaubensgemeinschaft», schrieb die Zeitung weiter. «PI» biete «Gewaltverherrlichern und Rassisten, deren Weltbild dem des norwegischen Massenmörders Anders Breivik ähnelt, ein Forum».

Besonders im Visier stand eine bis dahin unbekannte, unbescholtene junge Frau aus dem Kanton Bern: die reformierte Pfarrerin Christine Dietrich aus der Seeländer Gemeinde - Siselen-Finsterhennen. Die angeblich «antimuslimische Predigerin» nehme im «Netz der Islamfeinde» eine führende Position ein.

Die fulminanten Vorwürfe wurden in der Berliner Zeitung nachgedruckt und auch von Schweizer Medien wiederholt. «Berner Pfarrerin nimmt im Netz der Islamfeinde eine zentrale Rolle ein», echote der Tages-Anzeiger. Seither steht Christine Dietrich im Fokus des öffentlichen Interesses.

Was ist dran an den Beschuldigungen? Was hat die Berner Pfarrerin gesagt und geschrieben? Ist sie tatsächlich eine «Islamhasserin», die mit kaum zitierfähigen Beschimpfungen aus der untersten Schublade wie «Talibanfurzer» und «Arschlochbeter» um sich wirft, wie der Tages-Anzeiger suggerierte?

Die Weltwoche hat die umstrittene Pfarrerin besucht. Der Kontrast zur medialen Aufregung könnte kaum grösser sein: Siselen ist eine beschauliche Bauerngemeinde im Berner Seeland. Das Pfarrhaus liegt direkt an der Hauptstrasse, von der Kirche bietet sich ein idyllischer Blick auf Mais- und Gemüsegelder. Nur selten fährt an diesem Morgen ein Auto oder ein Traktor vorbei. Das Gebäude hat etwas Schlossähnliches. Es handle sich um ein ehemaliges Kloster, erklärt die Hausherrin später im Gespräch. Pudel Romeo muss derweil im Nebenzimmer warten.

Christine Dietrich ist eine robuste Erscheinung, mit ihrem

blondgebleichten Zopf erinnert sie an Frauenfiguren des Berner Malers Albert Anker. Doch der Medienrummel und die massiven Vorwürfe setzen ihr zu. Sie sei «ein bisschen durch den Wind», sagt sie. Man sieht es ihr an.

Für die 36-jährige Pfarrerin steht einiges auf dem Spiel. Die Medienberichterstattung ist das eine, die Reaktion der Kirchenoberen das andere. Am Donnerstag vergangener Woche beschloss der Synodalrat der reformierten Kirchen Bern-Jura-Solothurn eine externe Untersuchung gegen Dietrich. Das kommt höchst selten vor und nur bei Verdacht auf schwere Verfehlungen (meist Pädophilie).

Über zwei Stunden dauert das Gespräch mit der angeschossenen Pfarrerin. Was sie sagt, klingt durchaus vernünftig. «Dass ich eine Rassistin und Brandstifterin sein soll, verletzt mich sehr», sagt Christine Dietrich. «Ich bin überzeugt, nie Hass geschürt zu haben.» Ihr publizistisches Engagement verstehe sie als Fortsetzung der «Verkündigung» mit anderen Mitteln. Im Internet könne sie ein viel grösseres Publikum erreichen als von der Kanzel.

Die Wurzeln ihrer schreiberischen Tätigkeit liegen in der Auseinandersetzung mit Israel. Sie habe festgestellt, dass die Medien oft einseitig und «nicht ganz fair» über den Judenstaat berichteten. Sie bereiste das Land mehrfach, knüpfte Kontakte, führte Interviews mit israelischen Politikern und Intellektuellen.

Mit kaum verhohlenen antisemitischen Untertönen kritisiert die Frankfurter Rundschau diese Verbindungen. Den «PI»-Autoren wirft die Zeitung vor, «sattsam bekannte <Islamkritiker> wie Ralph Giordano oder Henry M. Broder» zu kennen. Broder, unter anderem Kolumnist der Weltwoche, hat ein Buch über die westliche Lust am Einknicken und die Selbstzensur hiesiger Intellektueller angesichts der islamistischen Herausforderung geschrieben («Hurra, wir kapitulieren!»). Und er ist Jude. Offenbar reicht das aus Sicht der Frankfurter Rundschau und

der Berliner Zeitung, um aus dem Kreis der selbsternannten Wächter der guten und richtigen Gesinnung ausgeschlossen zu werden.

Kritische Fragen offen ausgesprochen

Tatsächlich widerspricht «Politically Incorrect» einigen zentralen Glaubenssätzen des linken bis linksliberalen Justemilieu, in dem sich die Mehrzahl der Journalisten und Intellektuellen in Deutschland wie auch in der Schweiz bewegt. Für die Blogger von «PI» seien Konservative wie Ronald Reagan und George W. Bush nicht a priori Teufel, erklärt Christine Dietrich, auch wenn sie persönlich kein «Fan» von Bush sei. Die USA und Israel halte sie nicht unbedingt für imperialistische Verbrecherstaaten.

Die nüchterne, wohlwollend-kritische Haltung gilt offensichtlich bereits als Sakrileg. Das grösste Provokationspotenzial schöpft «Politically Incorrect» aus seinem Kampf «gegen die Islamisierung Europas». Die Verfassung und die Menschenrechte müssten respektiert werden, sagt Christine Dietrich. Es dürfe keine religiösen Sonderrechte und parallelen Rechtssysteme (Stichwort: «Scharia») geben. Für diese Grundsätze trete sie ein.

Es gehe um die Respektierung der Menschenrechte im Allgemeinen und um die Rechte der Frauen im Besonderen, so Dietrich. Man spürt, wie wichtig ihr das Anliegen ist. In den umständehalber etwas verschatteten blauen Augen meint man ein Feuer auflodern zu sehen. Sie sei zwar keine Feministin, sagt sie, aber wenn die Rechte von Frauen und Kindern verletzt würden, dürfe man nicht einfach schweigen und zuschauen.

Auf palästinensischen Fernsehkanälen konnte sie regelmässig beobachten, wie Kinder zu Terroranschlägen aufgefordert wurden. «Wenn ich gross bin, werde ich Selbstmordattentäter»: Kinder, die solche Liedtexte singen müssten, würden missbraucht, sagt Dietrich. Wer wollte ihr widersprechen?

Dennoch werde es einem als «Hetze» angekreidet, wenn man derartige Unmenschlichkeiten beim Namen nenne. Wer Auswüchse des politischen Islams kritisiere, auf den sause sofort die Rassismus-Keule nieder. Niemandem käme es in den Sinn, Kritiker des Christentums als «Rassisten» zu bezeichnen. Sie habe nichts gegen Muslime, sagt die Pfarrerin, «im Gegenteil»: Unter der Unterdrückung durch den politischen Islam leide «zuallererst die muslimische Bevölkerung selber».

Dass sie neuerdings eine «Extremistin vom Dienst» sein soll, versteht Christine Dietrich nicht. Ihre Position leuchtet ein: Sie hält den sogenannten interreligiösen Dialog nur dann für sinnvoll, wenn kritische Fragen offen ausgesprochen und adressiert werden. Als sie letztes Jahr bei einer Stellvertretung in Grenchen an einer «Nacht der Religionen» teilnahm, bestand sie darauf, nicht nur mit Vertretern der Islamverbände Güzzi zu backen. Sie besuchte die albanische Moschee und stellte kritische Fragen. Sie habe aber nur «ausweichende Antworten» erhalten.

Im Nebenzimmer meldet sich Pudel Romeo zu Wort, Christine Dietrich bringt ihm frisches Wasser und etwas zu fressen. Tiere habe sie sehr gern, sagt die Tochter eines Gemüsebauern, die nur zehn Kilometer Luftlinie von Siselen entfernt im freiburgische Kerzers aufgewachsen ist. Sie studierte in Bern, Zürich und Basel, wo sie ihren Mann kennenlernte, ebenfalls einen reformierten Pfarrer. In Altdorf im Kanton Uri hat das Ehepaar im Jobsharing gearbeitet, heute besorgt ihr Mann die Pfarrei in einer Nachbargemeinde von Siselen. Zusammen haben sie einen fünfjährigen Sohn. In ihrer Dissertation befasste sich Dietrich mit dem Asylwesen im Alten Testament. Neben Hebräisch, Altgriechisch und Latein spricht sie auch ein wenig Akkadisch, die Sprache der alten Babylonier.

Erstaunlich an den Anschuldigungen gegen Dietrich ist, dass sie beinahe vollständig ohne Texte und Belege auskommen. In keinem Artikel werden Zitate beigebracht, die ihren angeblichen «Islamhass» untermauern. Eher hinterhältig geht

der Tages-Anzeiger vor: Die von ihm zitierten Fäkalausdrücke stammen nicht, wie suggeriert, von Christine Dietrich, sondern aus Leserkommentaren. Kein Medium der Welt wird aufgrund der Qualität seiner Leserbriefe beurteilt, auch nicht der Tages-Anzeiger. Bei «Politically Incorrect» ist das offensichtlich anders.

Totschlag-Argument Breivik

Wer sich die Mühe macht, Dietrichs Texte zu lesen, wird feststellen, dass sie durchweg harmlos sind. Und auch was andere Autoren schreiben, bewegt sich im Rahmen der verfassungsmässig garantierten Meinungsfreiheit. Die Angriffe der Mainstream-Medien wirken – darin liegt die Ironie der Geschichte – wie eine Bestätigung der Raison d'être des unabhängigen Blogs. Die Reaktionen dürften die Macher in ihrem Eindruck bestärken, dass es ihre Stimme braucht. Dass die Attacken gerade jetzt kommen, hat wohl auch mit der veränderten internationalen Grosswetterlage zu tun. Der arabische Frühling und der Massenmord des norwegischen Attentäters Anders Behring Breivik beeinflussen die Diskussion über den Islam und die Kritik an ihm. Politiker halten sich mit klaren Aussagen zurück, selbst gegenüber Fanatikern wie Irans Machmud Achmadinedschad. Und die Tat Breiviks wird dazu missbraucht, jede Kritik am Islam zu diskreditieren.

Das hat auch Christine Dietrich erfahren. «Was er schreibt, sind grossenteils Dinge, die auch in diesem Forum stehen könnten», notierte sie über Breivik. Die Medien versuchten, ihr einen Strick aus dem Satz zu drehen. In Tat und Wahrheit ist er Ausdruck einer radikalen Selbstkritik. Die «Bösen», schreibt Dietrich, seien «nicht immer nur andere»: «Wir dürfen uns vor lauter Auf-andere-mit-dem-Finger-Zeigen nicht unserer Eigenverantwortung entziehen.» Es sei die Pflicht der Blog-Gemeinde, «die Schuld nicht zuerst bei anderen zu suchen, sondern den Angehörigen unser Beileid auszusprechen».

Das sind Worte, wie man sie von einer Pfarrerin erwarten darf,

überlegt, mitfühlend, selbstkritisch. Die mediale Aufregung erweckt den Eindruck einer Hexenjagd, die mit den Realitäten wenig zu tun hat. Während die Bevölkerung die Probleme mit dem Islam wahrnimmt, werden sie von Journalisten als Hirngespinnst abgetan und pathologisiert («Islamophobie»). Auf den Gipfel treibt es der Spiegel: «Ist <PI> ein Fall für den Verfassungsschutz?», fragt er in der aktuellen Ausgabe. Damit wäre der Spiess umgedreht: Diejenigen, die den demokratischen Rechtsstaat verteidigen wollen, werden zu dessen Feinden erklärt. Verkehrte Welt. WELTWOCHEN 39/11

Die WELTWOCHEN gibt es auch in Deutschland am Kiosk. Es kann einmal vorkommen, daß in einer Ausgabe fast nur Schweizer Themen drin sind, aber dies ist selten. Deutschland kommt nicht zu kurz, und oft kann man Parallelen ziehen. Als relativ häufiger Leser kann ich diese Wochenzeitung nur jedem empfehlen.

Köln: PKK-Friedenstreffen im RTL-Studio



Nachdem heute
Nachmittag Anhänger der verbotenen kurdischen Arbeiterpartei

PKK in Köln-Deutz den Fernsehsender RTL besetzt haben, hat die Polizei mit einem „Überraschungsangriff“ in das Geschehen eingegriffen. Doch wer vermutet, es sei dabei zu Verhaftungen gekommen, sieht sich weit gefehlt. Vermutlich bei einer Tasse Tee diskutiert man jetzt über den Fortgang der Ereignisse.

Focus berichtet:

Nachdem Anhänger der verbotenen kurdischen Arbeiterpartei PKK Räume des Fernsehsenders RTL in Köln-Deutz besetzt haben, hat nun die Polizei das Gebäude gestürmt. Offenbar wurde aber niemand verhaftet – angeblich laufen weiter Verhandlungen für eine gütliche Einigung.

Die PKK-Anhänger fordern nach Polizeiangaben, dass RTL Plakate mit dem Konterfei von Abdullah Öcalan sendet. Darauf werde die Freiheit des in der Türkei inhaftierten PKK-Führers gefordert. Bei der Aktion sei keine Gewalt angewendet worden. Die Männer seien einfach am Pförtner vorbei gerannt. Vertreter des Senders und der Polizei versuchten gemeinsam mit den Kurden, eine Lösung zu finden, hieß es.

Nach Informationen der Online-Ausgaben der „Kölner Rundschau“ und des „Kölner Stadtanzeigers“ handelt es sich um rund 30 Sympathisanten, die gegen 16.30 Uhr die Räume der „Explosiv“-Redaktion enterten. Dort seien sie in einen Sitzstreik getreten. RTL-Mitarbeiter wurden in die Kantine geschickt. Dabei seien viele von ihnen aus dem Gebäude gerannt.

Am Abend stürmte eine Hundertschaft der Polizei das RTL-Gebäude, wie die Onlineausgabe des „Kölner Stadtanzeigers“ berichtete. Demnach finden zurzeit Gespräche zwischen Vertretern der Gruppe und Verantwortlichen des Senders statt. Der Privatsender hat bereits Strafantrag gegen die Personen gestellt und deutet an, dass er der Forderung der Besetzer nicht nachkommen wird. Es werde angestrebt, dass die Personengruppe das Gebäude friedlich verlässt.

Westerwelle empört

Außenminister Guido Westerwelle (FDP) verurteilte das Eindringen der PKK-Anhänger in die RTL-Redaktion. Dieser Angriff auf die Meinungsfreiheit in Deutschland sei nicht akzeptabel. „Deutschland und EU stufen die PKK als terroristische Organisation ein und haben das auch der Türkei gegenüber immer wieder deutlich gemacht“, heißt es in einer Erklärung des Außenministers.

So sollte es sein. Wenn man jetzt die ~~Terroristen~~ Freiheitskämpfer noch zu einem Kurs für gewaltfreie Kommunikation bewegen könnte, sollte man auf deren Forderungen auch eingehen.



Scharia: Iranischer Pastor vor Hinrichtung

☒ Während in Deutschland Überlegungen kursieren, Islamkritiker durch den Geheimdienst überwachen zu lassen, werden in den diktatorischen Staaten der „Religion des Friedens“ weiter regelmäßig Grausamkeiten verübt. So wartet aktuell der iranische Pastor Youcef Nadarkhani (Foto) wegen [„Verbreitung nichtislamischer Lehre“](#) und „Abfall vom islamischen Glauben“ auf seine Hinrichtung.

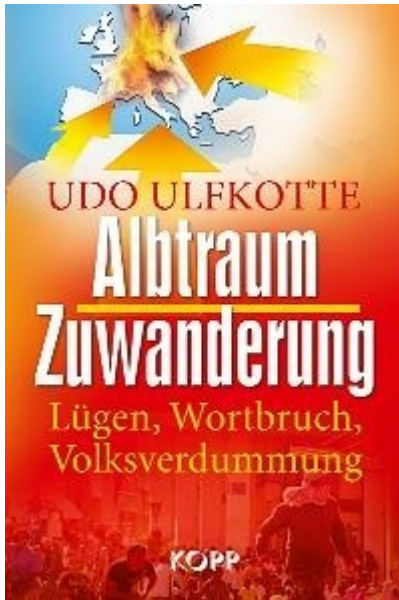
Da der 35-jährige Leiter einer 400 Mitglieder zählenden Untergrundgemeinde von der „reinen Lehre“ des Islams zum

Christentum konvertiert sei, habe er sein Leben verwirkt, entschied das Gerichtsurteil in Gilan. In der Islamischen Republik Iran gilt (wie vermutlich auch bald in Europa) die Scharia, das den „Abfall vom Islam“ mit dem Tode bestraft. Die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) bittet alle Bürger, sich per Fax oder E-Mail an den iranischen Botschafter in Berlin zu wenden. Wenn das Urteil vollstreckt werden sollte, ist zu befürchten, dass bis zu 500.000 weitere Christen das ähnliche Schicksal erleiden.

» info@iranbotschaft.de



Udo Ulfkotte: Albtraum Zuwanderung



Udo Ulfkotte hat wieder ein neues Buch geschrieben: „Albtraum Zuwanderung“. Der Bestseller-Autor weiß seine Leser sicher zu fesseln. Ulfkottes Stil ist manchmal reißerisch, aber der Inhalt und die Richtung stimmt eigentlich fast immer. Habe dieses neue, eben erst angekündigte Buch noch nicht gelesen, beziehe mich aber auf die vorangegangenen Werke. Im neuen Buch glaubt Ulfkotte, daß die deutsche Bevölkerung, so wie sie strukturiert ist, aus der Finanzkrise nicht mehr herauskommt.

Kurzer Auszug der Besprechung im Kopp-Verlag:

Finanzcrash, Euro-Krise, Wutstau, Angst um den Arbeitsplatz, sinkende Renten, immer schlechtere Gesundheitsvorsorge, steigende Lebensmittel- und Energiepreise, Zukunftssorgen, wachsende Kriminalität und Unsicherheit – das ist jetzt laut Ulfkotte die Realität da draußen. Bei allen früheren Krisenlagen habe uns der Zusammenhalt in der Bevölkerung in den vergangenen Jahrhunderten immer wieder geholfen. Doch dieses Mal sei alles anders. Immer mehr Leistungsträger wanderten ins Ausland ab. Und unsere Zuwanderer stammen mehrheitlich aus sozial schwachen, bildungsfernen Gesellschaften mit einem völlig anderen Wertesystem. Manche machen gar keine Probleme, andere machen nur noch Probleme.

Und [hier die ausführliche Besprechung](#) mit Links! Preis: €

Hamburger Grüne fordern „Ehe Light“

Daß die Grünen einen an der Waffel haben, ist längst erwiesen, dazu brauchte es einen Vorschlag zur „Ehe light“ nicht. Die hauptsächlichste Frechheit an dieser Idee liegt darin begründet, daß die „Ehe light“ alle Vorteile der normalen Ehe haben soll, aber keinerlei Nachteile oder irgendeine Verantwortung.

Kleiner Ausschnitt [aus dem grünen Propagandablatt](#):

Das grüne Modell sieht ein gemeinsames Sorgerecht für gemeinsame Kinder vor. Die Partner kommen in den Genuss des Steuersplittings, der Erbregeln, die für Ehepartner gelten, und sie sollen ihren Liebsten kostenlos mit Krankenversichern können. Auch andere Probleme Unverheirateter wie das Auskunftsrecht gegenüber Ärzten oder das Recht, über lebensverlängernde Maßnahmen bei einer unheilbaren Erkrankung des Partners zu entscheiden, könnten durch die Ehe ohne Trauschein gelöst werden.

Natürlich ist die klassische Ehe mit Kindern die Keimzelle eines Staates mit Zukunft. Der unsere hat schon längst keine mehr. Nach dem grünen Schnellscheidungs-Modell steigt die Zahl der Alleinerziehenden mit dem überproportionalen Anteil an Problemkindern, die man dem Staat vor die Füße kippt, weiter an.

Zwei Punkte sind ganz interessant: Bei den Schwulen fordern die Müslis die Vollehe, wenn nicht sogar die Überehe, bei den

Heteros wollen sie nun die Leichtmatrosen-Variante mit dem lebenswerten Wunsch, seinem Partner schnell den Sauerstoffschlauch im Krankenhaus abdrehen zu dürfen. Entlarvend.



Offener Brief von PI an den Verfassungsschutz



Auszug aus den [PI-Leitlinien](#):

„Wir wollen laut sein, wenn die politische Korrektheit Schweigen einfordert, wir wollen hinsehen, wo Wegsehen als ‚Vermeidung von Vorurteilen‘ gilt. Wir reichen allen freundschaftlich die Hand, die gemäß dem Grundgesetz und den Menschenrechten in unserem Land leben wollen.“

Sehr geehrter Herr Fromm, sehr geehrte Präsidentinnen und Präsidenten der Landesämter für Verfassungsschutz,

wie wir einschlägigen Medienberichten entnehmen konnten, sollen islamkritische Internet-Blogs – und zuvorderst PI – diesen Donnerstag Gegenstand von Gesprächen der Chefs der deutschen Verfassungsschutzbehörden in Berlin werden. Dabei soll erörtert werden, ob wir zukünftig zu einem Beobachtungsobjekt des Verfassungsschutzes erklärt werden oder nicht.

Wir möchten keinen Hehl daraus machen, dass uns diese Entwicklung überrascht und in höchstem Maße irritiert. PI ist vor sieben Jahren von besorgten Bürgern gegründet worden, denen unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung zutiefst am Herzen liegt. Unter dem Eindruck eines sich immer mehr verengenden Korridors zulässiger Meinungen und Berichterstattungen in den etablierten Medien war es uns ein Anliegen, das Internet für einen diesbezüglichen Ausgleich zu nutzen. Was nämlich in den letzten Jahren an sogenannter „Medienverantwortung“ und „freiwilliger Selbstkontrolle“ von den großen Pressekonzernen etabliert wurde, ist für uns in Wahrheit nichts anderes als ein Denk- und Diskussionsverbot über zentrale Schicksalsfragen Europas.

Darüber hinaus möchten wir unterstreichen: Wir haben nicht nur den Anspruch, für einen Informationsausgleich sorgen zu wollen, wir haben vor allem auch das Recht dazu! Wir nehmen mit unseren Veröffentlichungen nicht mehr und nicht weniger als eines der höchsten Rechtsgüter unseres Landes in Anspruch – und zwar das Grundrecht auf Meinungs- und Informationsfreiheit. Deren Wesen hat schon der Aufklärer Voltaire treffend erkannt:

„Ich mag verdammen, was du sagst, aber ich werde mein Leben dafür einsetzen, dass du es sagen darfst.“

Es ist erstaunlich, dass ausgerechnet Bürger, die ihr Land

lieben, für dessen Grundrechte einstehen und stets gegen sozialistische und totalitäre Ideen auftreten, jetzt möglicherweise zu „demokratisch unzuverlässigen Kantonisten“ erklärt werden sollen. Wir – und nicht etwa Leute, die mit verfassungsfeindlichen Parteien zusammen Regierungen bilden wie die SPD oder die Grünen, die offen dazu aufrufen, genehmigte Demonstrationen zu verhindern. Ganz nebenbei stellen deren Nachwuchspolitiker schon einmal ungestraft Bilder von sich ins Internet, auf denen sie unsere Landesfahne zu bepinkeln andeuten. Vielleicht geschieht dies nicht ganz zufällig in einer Zeit, in der immer mehr Politiker mit SED-, KBW- und sonstiger linksextremer Vergangenheit in der Bundesrepublik Zugang zu den Schalthebeln der Macht gefunden haben.

Sie, die diese Woche in Berlin zusammensitzen und sicher nicht alle erst in letzter Zeit hier mitgelesen haben, sollten sich vor ihrem Votum aber vor allem folgende Fragen beantworten: Sind unsere auf PI als Artikel (oder auch Meinungsäußerungen) darunter formulierten Ängste wirklich unberechtigt? Ist irgend etwas an unserer Berichterstattung wahrheitswidrig? Denken Sie nicht auch privat manchmal in ähnlichen Mustern und sind bemüht, Ihre Kinder vor den von uns beim Namen genannten Missständen zu schützen? Wissen Sie nicht sogar kraft Ihres beruflichen Hintergrunds viel mehr noch als wir, was auf dieses Land zukommt, wenn man alles so weiter laufen lässt, wie das die Politik seit Jahren tut?

Wir bei PI sind eigentlich der verlängerte Arm des Verfassungsschutzes, denn wir warnen vor einer realen Bedrohung für unser Grundgesetz, unsere Freiheit und unsere tolerante Gesellschaft. Wir sind keinesfalls den Muslimen als Menschen gegenüber feindlich eingestellt, wie uns fälschlicherweise immer wieder unterstellt wird, sondern gegenüber der Ideologie. Deren gefährliche und zeitlos gültige Botschaften kann jeder im Koran nachlesen.

Wir wollen, das gesellschaftliche Probleme erkannt und

gewaltfrei gelöst werden, weshalb wir auch niemals Gewaltaufrufe auf unserer Seite dulden würden. Können Sie es uns da mit gutem Gewissen verübeln, dass wir sehr empfindlich auf die hohe Gewalt- und Kriminalitätsbereitschaft des Islams in Deutschland reagieren, weil das durchaus die Vorboten eines Bürgerkriegs sein können? Sollte man von Zuwanderern nicht im Gegenteil zu Recht erwarten können, dass sie sowohl in Kriminalitätsstatistiken als auch beim Bezug von Sozialhilfe vorbildlich sind?

Sehen Sie in unseren mit kriminellen Mitteln erlangten privaten Korrespondenzen wirklich einen Beleg, dass auch nur ein Mitglied unseres Autorenteam die freiheitlich-demokratische Grundordnung Deutschlands abschaffen möchte? Ist es nicht so, dass in einer Demokratie nur der Staat und nur auf richterlichen Beschluss in ein Grundrecht, wie das Telekommunikations- und Postgeheimnis eingreifen darf? Sollten Deutschland und seine Staatsorgane nicht vielmehr über diesen ungeheuerlichen Vorgang diskutieren? In diesem Zusammenhang sei zur Ehrenrettung widerrechtlich abgehörter Autoren in Skype-Redaktionskonferenzen noch gesagt: Jeder Medienschaffende weiß, dass „quoten- und auflagenbezogener Zynismus“ kein Ausdruck von Menschenverachtung, sondern eine „Berufskrankheit“ von Medienleuten ist, so wie auch die Sprache von Chirurgen mitunter der von Metzgern ähnelt. Dies nun ausgerechnet mit illegalem Material bei PI-Autoren auf die Goldwaage zu legen, entbehrt jeder Logik und wäre zutiefst ungerecht.

Wir sind den Weg dieses Landes, eine „wehrhafte Demokratie“ sein zu wollen, bisher voller Verständnis mitgegangen – ja versuchen mitzuhelfen, eine Öffentlichkeit im Lande zu schaffen, die neue, mächtige Bedrohungen, wie den Islamismus ernst nimmt. Dabei haben wir durchaus akzeptiert, dass man aufgrund historischer Erfahrungen beim Rechtsextremismus besonders scharf hinschaut. Sollte der Staatsschutz nun aber auch bei uns anklopfen, wird eine rote Linie überschritten.

Dann ist unsere Republik – viel mehr als wir es bisher ahnten – in Gefahr, zu einer „gelenkten Demokratie“ zu verkümmern, die nur noch eine ganz eng gefasste Staatsdoktrin als Meinung zulassen möchte.

Bitte sehen Sie es uns nach, wenn wir und unsere Leser Ihr Votum primär als einen Indikator dafür werten werden, ob unser Land tatsächlich auf diesem Weg ist. Wenn PI in Zukunft vom Verfassungsschutz überwacht werden sollte, dann wäre dies ein fatales Zeugnis für die Unterdrückung der Meinungsfreiheit und ein Zeichen dafür, dass Deutschland nicht mehr ein uneingeschränkt freies Land ist, in dem man auch unbequeme Fakten und Wahrheiten aussprechen kann.

Wir werden niemals damit aufhören, die Wahrheit auszusprechen! Oder um es mit den Worten von Martin Luther zu sagen:

„Hier stehe ich und kann nicht anders – so wahr mir Gott helfe.“

Mit herzlichen Grüßen,

Ihr

PI-Autorenteam

(Foto oben: [Hambacher Fest](#) von 1832)

Ultimatives Ziel des

Journalismus ist Demontage

In der WELTWOCHEN steht regelmäßig eine Kolumne über Medien. Das heißt, die Journalisten des Blattes berichten über Journalisten und die Konkurrenz. In der Ausgabe 37/2011 schrieb Kurt W. Zimmermann dort folgenden interessanten Satz: *Die wichtigste Triebfeder des Journalismus ist die Demontage. Das ultimative Ziel eines ambitionierten Journalisten ist die Zerstörung einer Karriere.*

In der Schweiz gibt es eine Mediendatenbank, in der seit den achtziger Jahren sämtliche Artikel aller Zeitungen im Volltext gespeichert sind. Zimmermann recherchierte, daß seit Anfang 1981 in der Schweizer Presse 79.036 Artikel über den Politiker Christoph Blocher von der Schweizerischen Volkspartei erschienen sind. Das ist viel, viel mehr als über jeden anderen Schweizer Politiker. Und über Jesus Christus erschienen im gleichen Zeitraum 2.285 Artikel. Vermutlich waren 90% der Artikel über den populären Unternehmer und konservativen SVP-Politiker Blocher negativ. Zimmermann fährt fort:

Es handelt sich also um eine Blocher-Neurose, eine Art krankhafter Fixierung. Sie kann leicht erklärt werden, weil es dabei um das Herz des Journalismus geht. Es gibt einige Triebfedern für Journalismus, aber die wichtigste Triebfeder ist immer dieselbe geblieben. Die wichtigste Triebfeder des Journalismus ist die Demontage.

Das ultimative Ziel eines ambitionierten Journalisten ist die Zerstörung einer Karriere. Natürlich werden die Journalisten das öffentlich nie zugeben. Im privaten Gespräch aber sind sie sich einig. Die erfolgreiche Demontage ist die einzig wahre journalistische Trophäe. Es spielt keine Rolle ob es sich um ungerechtfertigte Abschüsse handelt...

Ja, genauso ist es, man denke in Deutschland nur an den

SPIEGEL. Dieses Skandal-Journal hat einzig das Ziel, irgendwelche politischen Gegner abzuschießen. Zimmermann schreibt weiter:

Damit sind wir zurück bei Blocher. Er wurde Tausende Male in die Verdammnis geschrieben... Nach allen Regeln der Schreibzunft war der Mann x-fach erledigt und tot. Das Unverzeihliche ist, dass Blocher politisch noch lebt. Es ist unverzeihlich, weil es die ganz grosse Ausnahme ist... Es gibt nur zwei Politiker auf der ganzen Welt, die dauernd totgeschrieben wurden und weiter am Leben sind. Der andere ist Silvio Berlusconi.

Stimmt haarscharf. Auch deutsche Blätter möchten seit Jahren in grotesker Selbstüberschätzung Berlusconi ans Leder. Und was Blocher angeht, in der Schweiz sind demnächst Wahlen, die SVP liegt in Umfragen bei 28%, also mindestens so gut wie das letzte Mal.

Mit 2.035.900.000.000 Euro in der Kreide

Die Bundesrepublik steckte Ende 2010 mit 2 035,9 Milliarden Euro, also über 2 Billionen, in den Miesen. Dies berichtete das Statistische Bundesamt gestern, hier der [Link mit weiteren Details](#). Natürlich hat sich inzwischen der Schuldenstand erhöht, und unsere Volksvertreter tun alles, um weitere Milliarden zu verschleudern, wie man morgen im Bundestag erleben wird.

Bei diesen Zahlen ist natürlich nur der Ist-Zustand berücksichtigt, dabei könnte man beispielsweise anhand der

Lebenserwartung und der Anzahl der Menschen in Pension und Rente relativ genau hochrechnen, welche gigantischen Verpflichtungen zusätzlich im System schlummern.

Nichtkenner werden sich fragen, wie das alles bezahlt werden soll, denn die Steuern werden hinten und vorne nicht reichen. Die verblüffende Antwort: alles funktioniert ganz einfach mit Computer und Papier. Die Schulden tippt man elektronisch auf eine Festplatte und fertig, und die Leute kriegen ein Stück Papier mit einem Bildchen und einer Zahl drauf, das Geld genannt wird. Noch Fragen?